

GIDS

INNOVATION LAB

veröffentlicht vom
German Institute for Defence and Strategic Studies

Die Strategiefähigkeit der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik am Beispiel der Nuklearen Teilhabe

Anmerkungen zur Entwicklung einer Nationalen
Sicherheitsstrategie

Autoren: Oberstlt Daniel Ulrich
Oberstlt David Wolf
Oberstlt Christian Wölki
OFArzt Dr. Tim-Oliver Trotzke
O i.G. Bastian Volz



GIDS GERMAN INSTITUTE
FOR DEFENCE AND
STRATEGIC STUDIES



Dieses Papier ist im Lehrgang Generalstabs-/Admiralstabsdienst National 2020 an der Führungsakademie der Bundeswehr entstanden und wird im Rahmen des ‚Innovation Lab‘ vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) veröffentlicht.

Dieses Papier gibt die Meinung der Autoren wieder und stellt nicht zwangsläufig den Standpunkt des GIDS dar.

Erscheinungsjahr: 2022

GIDS
German Institute for Defence and Strategic Studies
Führungsakademie der Bundeswehr
Manteuffelstraße 20 · 22587 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 8667 6801
buero@gids-hamburg.de · www.gids-hamburg.de

Oberstlt Daniel Ulrich, Oberstlt David Wolf, Oberstlt Christian Wölki, OFArzt Dr. Tim-Oliver Trotzke, O i. G. Bastian Volz | LGAN 2020, Führungsakademie der Bundeswehr

Die Strategiefähigkeit der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik am Beispiel der Nuklearen Teilhabe

Anmerkungen zur Entwicklung einer Nationalen Sicherheitsstrategie

1 Nukleare Teilhabe und Strategiefähigkeit – Konstanten und Aufbruch

Noch im Mai 2020 forderte der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich das Ende der Nuklearen Teilhabe¹ Deutschlands verbunden mit dem Abzug amerikanischer Kernwaffen aus Deutschland. In einem regen, aber doch nur wenige Wochen andauerndem Diskurs wurden aus den verschiedensten politischen und zivilgesellschaftlichen Richtungen Positionen der Unterstützung und der Ablehnung einer solchen Forderung formuliert. Als die Diskussion im August bereits abgeebbt war, legte Mützenich noch einmal nach und kündigte an, das Thema und entsprechend die Forderung mit in den Wahlkampf 2021 zu ziehen. Dort allerdings fand es dann an keiner Stelle prominent statt. Auch die von ihm noch im Mai 2020 geforderte öffentliche Diskussion blieb aus. Zwar fanden sich in den Wahlprogrammen der SPD² und der Grünen³ entsprechende kritische Passagen zur Nuklearen Teilhabe mit grundsätzlichem Forderungscharakter, im Koalitionsvertrag, den die „Ampel“ am 7. Dezember 2021 unterschrieb, findet sich jedoch neben einem ausgesprochen stark formulierten Bekenntnis zur NATO auch die Bekräftigung eines deutschen Beitrags zur glaubwürdigen Abschreckungsfähigkeit der Allianz, einschließlich der Nuklearen Teilhabe. Kon-

1 Redaktioneller Hinweis: die Autoren betrachten „Nukleare Teilhabe“ als etablierten Eigenbegriff, weshalb die Schreibweise in zitierten Wahlprogrammen und Äußerungen von Politikerinnen und Politikern abweicht.

2 „Vor der Entscheidung über ein Nachfolgesystem des Kampfflugzeugs Tornado setzen wir uns für eine gewissenhafte, sachliche und sorgfältige Erörterung der technischen nuklearen Teilhabe ein.“ (SPD 2021: 59).

3 „Eine Welt ohne Atomwaffen gibt es nur über Zwischenschritte: internationale Initiativen zur Reduzierung der Zahl von Atomwaffen, einen Verzicht der NATO auf jeden Erstschlag und eine breite öffentliche Debatte über veraltete Abschreckungsdoktrinen des Kalten Krieges. Dazu gehören ein Deutschland frei von Atomwaffen und ein Beitritt Deutschlands zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag. Wir wissen, dass dafür zahlreiche Gespräche im Bündnis notwendig sind, auch mit unseren europäischen Partnerstaaten, und vor allem die Stärkung der Sicherheit und Rückversicherung unserer polnischen und baltischen Bündnispartner.“ (Bündnis90/Die Grünen 2021: 132).

kret heißt es im Text des Koalitionsvertrages, der die Geschäftsgrundlage des gemeinsamen Regierungshandels der neuen Bundesregierung konstituiert:

- „Das transatlantische Bündnis ist zentraler Pfeiler und die NATO unverzichtbarer Teil unserer Sicherheit.“
- „Die NATO bleibt unverzichtbare Grundlage unserer Sicherheit. Wir bekennen uns zur Stärkung des transatlantischen Bündnisses und zur fairen Lastenteilung.“
- „Solange Kernwaffen im Strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben [...] wir [...] bekennen uns zur Aufrechterhaltung eines glaubwürdigen Abschreckungspotenzials [...]“⁴
- „Wir werden zu Beginn der 20. Legislaturperiode ein Nachfolgesystem für das Kampfflugzeug Tornado beschaffen. Den Beschaffungs- und Zertifizierungsprozess mit Blick auf die nukleare Teilhabe Deutschlands werden wir sachlich und gewissenhaft begleiten.“⁵

Sicherlich, es bleibt abzuwarten, wie sich diese Bekenntnisse in der Regierungspraxis konkret ausformen und materialisieren werden. Der an dieser Stelle sprachlich klare Ausdruck sowie die avisierte Zeitlinie lassen jedoch vermuten, dass diese Absichten, gewiss verbunden mit neuen Impulsen im Bereich der Rüstungskontrolle, umgesetzt werden sollen. Die mit dem Angriff auf die Ukraine einhergehend benannte „Zeitenwende“ wird zudem hierzu beitragen. Als eine, aus Sicht der Koalitionäre, sicherlich grundlegende und wichtige flankierende Maßnahme zu diesen Bekenntnissen kann die Ankündigung gelten, den Konferenzen des Atomwaffenverbotsvertrags im Beobachterstatus beizuwohnen. Damit wird die schon lange und über mehrere Regierungen geltende Linie des „Dual-Track“-Ansatzes von glaubwürdiger Verteidigung und Abschreckung sowie von ernsthaften Anstrengungen im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung, Transparenz und Vertrauensbildung erneut ausgelegt.⁶

Die Ankündigung der Koalition, eine **Nationale Sicherheitsstrategie** im ersten Jahr der Legislaturperiode vorzulegen, erhöht den Erwartungsdruck an die Konkretisierung nicht nur der o. g. Projekte, sondern an die Ausformulierung und Ausgestaltung eines umfassenden Sicherheitsbegriffs, in dem alle relevanten Ressorts angesprochen, inkludiert und koordiniert werden. Die angekündigte Nationale Sicherheitsstrategie kann vielversprechend als eine Grand Strategy angesehen und erwartet werden. Ein Mehr an Strategiefähigkeit der Bundesrepublik ist ja in den vergangenen Jahren durchaus von verschiedenen Interessengruppen gefordert worden. Die Unzufriedenheit über einen vermeintlichen Mangel an einem klaren Kurs sowie dessen Sichtbarkeit befeuerten diese Forderung und hatten ihren Höhepunkt erst kürzlich in dem abrupten Abzug

4 SPD / Bündnis 90/Die Grünen / FDP 2021.

5 Ebd.

6 Romaniec 2021.

der NATO aus Afghanistan und der beinahe mühelosen Übernahme des Landes durch die Taliban.

Man darf auf diesen Strategieprozess entsprechend sehr gespannt sein, auf die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen, das Zusammenspiel von Politik mit Trägerinnen und Trägern von Expertise, auf die Ausformulierung der Zielsetzungen, aber auch auf die Kommunikation sowohl des Prozesses selbst als auch des Ergebnisses an Bevölkerung, Institutionen, Verbündete und „Wettbewerber“; nicht zuletzt natürlich auch auf die dann folgenden und notwendigen Ressourcenhinterlegungen. Kurz: ein ganzheitlicher Strategieprozess, in dem die aktuelle Berliner Republik allerdings wenig Übung hat.

Vorgeschaltet und parallel finden zudem die Strategieentwicklungen der Europäischen Union mit dem „Strategischen Kompass“ und der NATO mit dem neuen Strategischen Konzept statt, das im Juni 2022 im Rahmen des nächsten Gipfeltreffens vorzulegen sein wird und an dessen Ausgestaltung die neue Bundesregierung aktiv mitwirken will. Die Fragen der „fairen Lastenteilung“, der „glaubhaften Abschreckung“ und auch die der Nuklearen Teilhabe werden dabei eine nicht unwichtige Rolle spielen und die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Berlin sehr schnell zu einer Konkretisierung ihrer Bekenntnisse des Koalitionsvertrages zwingen.

In diesem Beitrag sollen daher zwei Aspekte genauer untersucht werden:

Erstens die Frage des Nutzens der Nuklearen Teilhabe und eines entsprechenden Diskurses sowie zweitens die Frage der grundsätzlichen Strategiefähigkeit der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Zu beidem legt die neue Bundesregierung Absichtserklärungen und erste Ansätze vor. Die Folgerungen dieses Beitrags werden sich in erster Linie auf die erforderliche Präzisierung dieser Ansätze und die damit verbundenen Implikationen für eine deutsche Nationale Sicherheitsstrategie beziehen.

Das vorliegende Papier wird sich thematisch zunächst der Nuklearen Teilhabe nähern und daran anschließend Kernelemente zum Begriff der Strategie erläutern. Beide Elemente dienen in der „Logik“ dieser Arbeit dem Ziel, die o. g. Strategiefähigkeit Deutschlands am politischen Willens- und Zielbildungsprozess der Regierungsparteien und am daraus folgenden Koalitionsvertrag sichtbar zu machen. Das schließende Kapitel wird aus den so gewonnenen Erkenntnissen Folgerungen zur Qualität und dem Anspruch an eine Nationale Sicherheitsstrategie aufführen.

2 Relevanz und Nutzen der Nuklearen Teilhabe

Die Nukleare Teilhabe Deutschlands und anderer europäischer Verbündeter wurde noch vor dem Beitritt der Bundesrepublik zum Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag 1975 bereits früh im Kalten Krieg durch Konrad Adenauer etabliert, um einerseits eine eigene deutsche Atombombe zu verhindern bzw. unnötig zu machen und andererseits Mitsprache in der nuklearen Verteidigungs- und

Abschreckungsplanung zu sichern.⁷ Sie ist damit, wie gerne erwähnt wird, ein „Kind des Kalten Krieges“, was jedoch nicht zwangsläufig bedeuten muss, dass sie mit dem Ende des Kalten Krieges obsolet geworden ist.

Trotz erheblicher Reduzierungen der amerikanischen Kernwaffenbestände in Europa nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes blieb ein Restbestand (heute gem. offener Quellen schätzungsweise 150 Atombomben vom Typ B61-3/-4)⁸ samt Teilhabekonzept erhalten und die NATO eine nukleare Allianz mit der erklärten Absicht, dieses so lange zu bleiben, wie Kernwaffen auf der Welt existieren. Es gehört allerdings auch zu den Erklärungen der NATO, sich für die Schaffung der Bedingungen einer kernwaffenfreien Welt einzusetzen.

Für die Bundesrepublik Deutschland erfüllt die Nukleare Teilhabe mehrere Zwecke. Sie ist zum einen Ausdruck der Bereitschaft zur fairen Lastenteilung innerhalb der NATO – nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch in politischer. Dies kann in unsicheren Zeiten für die Kohäsion der Allianz in ihrer Bedeutung kaum überbewertet werden. Zum anderen unterstreicht das Konzept und der deutsche Beitrag die Ernsthaftigkeit der Bereitschaft, das Bündnis zu verteidigen und Aggressoren abzuschrecken: Glaubwürdigkeit ist dabei die *conditio sine qua non* der Abschreckung. Steht diese in Frage, verliert das gesamte Konzept an Wirkung mit potenziell sehr riskanten Folgen. Verbündete, die sich aufgrund mangelnder Glaubwürdigkeit nicht mehr hinreichend sicher fühlen, werden zu eigenen Lösungen tendieren, die die Gesamtlage verkomplizieren und instabiler werden lassen können. Potenzielle Gegner wiederum können sich durch fehlende Glaubwürdigkeit eingeladen fühlen, Grenzen auszutesten.

Mit Blick auf die deutsche Rüstungskontrolle ist klar, dass ein Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag von 2017 mit der Nuklearen Teilhabe nicht möglich, weil widersprüchlich ist. Dieser Widerspruch bleibt auch ohne deutsche Nukleare Teilhabe als „einfaches“ NATO-Mitglied bestehen, da ja schon dieses ein Bekenntnis zur nuklearen Allianz bedeutet. Darüber hinaus wäre der einseitige Abzug der amerikanischen Kernwaffen aus Europa, als mögliche Folge einer Aufgabe der deutschen Nuklearen Teilhabe, die Abgabe einer für mögliche Abrüstungsgespräche mit der Russischen Föderation wichtigen Verhandlungsmasse.⁹ Man darf sich sicher sein, dass bei derartigen Gesprächen jedwede Substanz für gegenseitige Vereinbarungen von Vorteil sein wird.

Die nuklear-strategischen Aspekte der Kernbewaffnung, in denen es um szenarien-basierte Betrachtungen, um Legitimation, um Eskalationskontrolle und begrenzte strategische Ziele geht, sollen hier nicht eingehender beleuchtet werden. Davon unbenommen bleibt, dass insbesondere politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sich mit dieser speziellen, in Tei-

7 Eine umfassende Beschreibung der Entwicklung der deutschen Nuklearpolitik bietet Lutsch 2020.

8 Kristensen / Korda 2019.

9 Vgl. Volz: 2020.

len paradoxen Logik beschäftigen sollten. Gern wird hier darauf verwiesen, dass die Logik einer potenziell totalen Zerstörung „pervers“ sei. Wie auch immer man sie wertet, man muss ihre Funktionsweise zunächst einmal verstehen und zumindest anerkennen, dass andere Akteure – und zwar genau die relevanten, nämlich die Nuklearwaffenstaaten – die Funktion der Waffen in ganz bestimmter Weise interpretieren und entsprechend in Konfliktlagen handeln. Das bedeutet auch zu verstehen, dass das Handeln des Akteurs nicht erst in der Konfliktsituation von potenziellen Eskalationen bestimmt wird, sondern bereits früh im Zulaufen auf die Krise antizipiert und einkalkuliert wird.

Es gilt entsprechend Obacht walten zu lassen, wenn von der Überwindung von „Abschreckungsdoktrinen des Kalten Krieges“ die Rede ist, weil sich die Abschreckungsstrategien der verschiedenen Akteure seit Ende des Ost-West-Konfliktes durchaus weiterentwickelt haben. Argumente über „All-Out-First-Strike-Abschreckungsstrategien“ des Kalten Krieges werden dann schnell zu Strohmännchen-Argumenten, die zwar populär, aber nicht sachdienlich sind. Zudem: wenn man über die Absicht eines „Erstschlags“ twittert, dann kommt auch das bei einem geneigten Adressatenkreis sicherlich gut an, zeigt aber allen Akteuren die Unkenntnis grundsätzlicher Terminologie. So sehr man möglicherweise aus normativen und moralischen Gründen Kernwaffen ablehnt, so sehr ist es erforderlich, inhärente Logiken und begleitende Paradoxien zu verstehen und in die eigene Positionierung entsprechend abzuleiten oder gegenüberzustellen.

Diese eigene, d. h. deutsche Positionierung im Hinblick auf die Nukleare Teilhabe sollte, nach Ansicht der Autoren, strategisch gedacht und kommuniziert werden: Zum einen ist *jedem* Denken im Kontext von Nuklearwaffen aufgrund ihrer Wirkung eine strategische Qualität inhärent, zum anderen ist die „nukleare Teilhabe Deutschlands [...] heute eher politisch als militärisch begründet.“¹⁰ Das bedeutet, dass sich alle Akteure der politischen Meinungsbildung ideologiefrei mit den Effekten und Logiken von Nuklearwaffen vertraut machen sollten. Um eigene Positionen entwickeln zu können, müssen zudem die Paradoxien und Ambiguität im Umgang mit Nuklearwaffen und deren Bedeutung für die deutsche Sicherheit verstanden und in ein strategisches Handeln eingebunden werden. Gleichzeitig kann nur mit strategischem Handeln eine Abschreckung glaubhaft vermittelt und Kompatibilität zu den strategischen Prozessen auf Ebene des *nuklearen Bündnisses NATO* hergestellt werden – treffend beschrieben im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz 2021: „[...] the process of strategy formulation itself is very important for coalition building. It is through that mechanism of strategy making that you get the coalition building.“¹¹

Somit kann als Ausgangspunkt und Rahmen strategischer Überlegungen angenommen werden:

¹⁰ Richter 2021: 99.

¹¹ Munich Security Conference 2021.

Deutschland bleibt über die nukleare Teilhabe in die Nuklearpolitik und die diesbezüglichen Planungen der Allianz eingebunden. Dies geht einher mit dem Bekenntnis Deutschlands zu dem Ziel, die Bedingungen für eine nuklearwaffenfreie Welt zu schaffen.¹²

Um diese Zielsetzung und den dahinterliegenden Prozess bewerten zu können, wird sich das folgende Kapitel dem Wesen und den Elementen von Strategie widmen, um diese im Weiteren insbesondere für die avisierte Nationale Sicherheitsstrategie zu verdeutlichen.

3 Strategieprozess in Deutschland – Strategie und Strategiekriterien im Kontext der Nuklearen Teilhabe

Der Begriff „Strategie“ umfasst je nach Theorie- und Denktradition sowie Zugängen, verschiedene Inhalte und Deutungen, die in dieser Arbeit nicht weiter thematisiert werden. Strategie kann jedoch stets im Sinne einer Verbindung von Mitteln und (politischen) Zielen als ein Prozess und/oder als eine „Handlungstheorie“ mit Blick auf strategisch handelnde Akteure und deren Verhältnis zueinander verstanden werden.¹³

Im Kern beschreibt eine Strategie einen kontinuierlichen Abwägungsprozess im Rahmen einer Ziel-Mittel-Umwelt-Relation. Das „Wesen“ von Strategie ist somit das „systematische In-Beziehung-setzen von Zielen und Mitteln“¹⁴ unter Berücksichtigung der Ressourcenlage und einer damit verbundenen rationalen, d. h. der eigenen Interessendurchsetzung zuträglichen, Kosten-Nutzen-Abwägung.¹⁵ Diese Auslegung wird ergänzt um die Komponente der Umwelt im Sinne von Rahmenbedingungen, die das Handeln strategischer Akteure beeinflussen.¹⁶ Diese können rechtliche, ökonomische, ethische und geschichtliche Parameter umfassen. Eine Strategiefähigkeit vor diesem Hintergrund bedeutet demzufolge grundsätzlich, „Ziele und Prioritäten zu setzen, eigene Beiträge zu leisten und die Verantwortung für sie zu übernehmen.“¹⁷ Strategische Mittel sind als Bindeglied zwischen Kontext, d. h. der Situation im hier und jetzt, und den eigenen langfristigen Zielen zu verstehen: Sie werden zielgerichtet zur Umweltbeeinflussung eingesetzt, „damit ein gegebener Ist- in einen gewünschten Soll-Zustand überführt wird.“¹⁸ Die Ziele sind hierbei *nicht* mit den Mitteln gleichzusetzen. Dieses o. g. Verständnis legt *einen* theoretischen Zugang zu Strategie offen, der in der Realität politischer Handlungsräume in

¹² Rudolf 2020: 13.

¹³ Vgl. Larsdotte 2019.

¹⁴ Wiesendahl 2010: 23.

¹⁵ Wagener 2010: 4.

¹⁶ Wiesendahl 2010: 24.

¹⁷ Angenendt 2021.

¹⁸ Wiesendahl 2010: 27 ff.

dieser Stringenz und Qualität nur selten deutlich zu Tage tritt und eine Vielzahl von Formen mit unterschiedlicher strategischer Qualität annehmen kann.

Strategische Elemente am Beispiel der deutschen Nuklearen Teilhabe implizieren, dass das allgemein anerkannte und parteiübergreifend erklärte langfristige politische *Ziel* einer sichereren Welt über einen *Dual track Ansatz* von Rüstungskontrolle bzw. Abrüstung *und* glaubhafter Abschreckung im Rahmen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik als Mittel erreicht werden soll. Abschreckung hat hierbei viel mit der Beeinflussung von Wahrnehmung zu tun¹⁹ und erfordert eine glaubhafte Vermittlung des Willens und Könnens, nationale bzw. Bündnisinteressen zu schützen. Im Rahmen eines strategischen Prozesses ist in diesem Kontext die konkrete Ausgestaltung eines Mittels – also *wie* die Nukleare Teilhabe (militär-)technisch, politisch und kommunikativ ausgefüllt wird, um das angestrebte Ziel langfristig zu erreichen – immer wieder neu zu justieren. Denn: „einst [...] als *clear and present dangers* angenommene Bedrohungen werden inzwischen zunehmend von den Risiken neuer und insbesondere immer abstrakter werdenden Bedrohungen komplementiert.“²⁰

Der o. g. Zugang zu Strategie, bildet nur einen Ausschnitt aus der aktuellen (Verständnis-)Debatte zu diesem Themenbereich ab: Terhalle zum Beispiel nähert sich dem Strategiebegriff im Kontext der Konflikttheorie, indem er schreibt: „Strategie ist [...] langfristige Konfliktplanung und akute konfliktangetriebene Entscheidungsfindung in einem.“²¹ Doch wie verbinden sich in dieser Hinsicht nun Strategie und die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik?

Sicherheitspolitik im Allgemeinen beschreibt staatliches Handeln und den Einsatz von Ressourcen mit dem Ziel der Maximierung der eigenen Sicherheit, d. h. der eigenen Bürgerinnen und Bürger, der territorialen und politischen Souveränität sowie außenpolitischer Handlungsfähigkeit. Um diese langfristigen und dauerhaft bestehenden Ziele zu erreichen, sind diese, dem oben angelegten Strategiebegriff folgend, zunächst vor dem Hintergrund der staatlichen Sicherheit und Handlungsfähigkeit zu definieren und operationalisieren. Damit wird Strategie grundlegend für jedwede Form staatlicher Sicherheitsvorsorge: Sie ermöglicht die Visualisierung einer Zukunft auf Grundlage einer von Interessen abgeleiteten Zielbildung und einer damit verbundenen Mittelzuweisung. Gleichzeitig erfordert ein solches Denken die Antizipation von Entwicklungen, die eigenen Interessen entgegenlaufen und ein entsprechendes Handeln erfordern. Das bedeutet konkret *im Heute*, dass die:

deutsche Außenpolitik [...] auf eine Lage Antworten finden [muss], in der die traditionelle Schutzmacht sich abwendet, die EU zerbrechlicher erscheint als je zuvor und auf das geschwächte Europa auch noch der Umbruch der globa-

¹⁹ Vgl. Rudolf 2020: 6.

²⁰ Jacobi / Hellmann 2019: 2.

²¹ Terhalle 2018: 96; vgl. Schwegmann 2019: 26.

len Ordnung, die Übergriffe Russlands und Chinas und eine beispiellose Technologiewende einwirken²²

Damit wird für Deutschland ein strategischer „Mentalitätswechsel“ erforderlich. Um diesen Zugang zu Strategie möglichst umfassend zu beschreiben und greifbar zu machen, so dass Theorie und Handeln zusammengefügt und zur Bewertung deutschen Regierungshandelns herangezogen werden können, differenziert diese Arbeit Strategie in drei Ebenen: Denken – Handeln – Kommunizieren und legt diese auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik an.

Die Ebenen von Strategie:

Strategisches Denken, strategisches Handeln und strategische Kommunikation – stehen in einer permanenten sich gegenseitig bedingenden Wechselbeziehung. Ein **Denken** beschreibt hierbei insbesondere den intellektuellen Prozess der Zielbildung entlang der Frage: Welches sicherheitspolitische Ziel sollte Deutschland verfolgen, um die eigene Souveränität, Handlungsfähigkeit und Integrität zu erhalten. Dieser Prozess korrespondiert elementar mit den eigenen Sicherheitsinteressen, d. h. dem Erhalt der außenpolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands, um die eigene Sicherheit bestmöglich zu erhalten.

Strategisches Handeln umfasst die Maßnahmen und politischen Handlungen, die Deutschland im Rahmen von Bündnissen, vertraglichen Verpflichtungen, zum Beispiel auch durch militärisches Engagement, unternimmt, um die o. g. Ziele zu erreichen. Dieses Handeln und die vorangegangene Zielbildung sollten im demokratischen Diskurs nachvollziehbar sein: Über eigene Interessen und die daraus abgeleiteten Ziele ist daher auch ein öffentlicher Diskurs zu führen. Das bedeutet, Strategiefähigkeit erfordert somit eine **Kommunikation** mit der eigenen Bevölkerung, um eine langfristige Legitimation zur strategischen Zielerreichung überhaupt zu begründen.²³ Strategische Kommunikation richtet sich daher sowohl nach außen als auch nach innen.

Eine sicherheitspolitische Strategie als Teilstrategie, wie sie im Koalitionsvertrag thematisiert wird, ordnet sich hierbei einer außenpolitischen Strategie unter, die insgesamt den außenpolitischen Handlungsraum sowie die Ziele und Interessen Deutschlands im internationalen Umfeld definiert. Dies bedeutet auch, dass eine sicherheitspolitische Strategie auf eine politisch definierte Gesamtstrategie (sog. Grand Strategy) rekurriert. Der Koalitionsvertrag bleibt an dieser Stelle unpräzise und postuliert lediglich einen Zustand, in dem Außen- und Sicherheitspolitik „aus einem Guss“ kommen.²⁴

²² Techau 2018.

²³ „Second, in a democracy, they transmit the strategic direction to the citizens, to the people. That’s the primary audience“ (Munich Security Conference 2021).

²⁴ SPD / Bündnis 90/Die Grünen / FDP 2021: 143.

Voraussetzung einer jeden Strategie ist zunächst *Strategiefähigkeit*²⁵. Diese kann nur dann entstehen, wenn Bürgerinnen und Bürger und insbesondere Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger „großräumig und langfristig in den Kategorien von Ordnung, Interesse, Macht, Recht und Verantwortung“ denken und wenn der „Zielformulierung eine nüchterne und realistische Einschätzung der Lage und der vorhandenen Mittel und Instrumente vorschaltet wird.“²⁶

Im Folgenden soll in Kürze die parteipolitische Kommunikation zur Nuklearen Teilhabe im Vorgriff auf die Bundestagswahl 2021 dargestellt werden, um so parteiinterne und -externe Argumentationslinien ob ihrer strategischen Qualität zu verdeutlichen. Dieser Abschnitt bildet den *ersten* Teil der Untersuchung zur Strategiefähigkeit, welcher durch einen *zweiten* Teil mit der Bewertung des Koalitionsvertrages vervollständigt wird.

4 Strategiefähigkeit I: Parteien– Programme – Kommunikation

4.1 CDU

In die 16-jährige Amtszeit von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel fielen nicht nur viele Krisen, sondern auch der Wales-Summit der NATO in 2014. Auf diesem wurde bekanntermaßen das sogenannte Zwei-Prozent-Ziel vereinbart, aber auch dass die NATO eine nukleare Allianz als „supreme guarantee of the security of the allies“ so lange bleiben wird, wie Nuklearwaffen existieren.²⁷

Das aktuelle Grundsatzprogramm der CDU von 2007 stellt fest: „Die NATO bleibt für die Sicherheit Deutschlands und Europas unverzichtbar und das primäre Instrument unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik“. Ebenso hebt der Koalitionsvertrag von CDU/CSU mit der SPD von 2018 hervor: „Die NATO bleibt unverzichtbarer Garant und ist Fundament unserer Sicherheit“. Während Nukleare Teilhabe in beiden Dokumenten nicht explizit titulierte wird, konkretisiert das Wahlprogramm der Union zur Bundestagswahl 2021 die Haltung der CDU/CSU das Thema wie folgt:

Solange es Staaten mit Atomwaffen gibt, [...] bleibt die deutsche Beteiligung an der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO ein wichtiger Bestandteil einer glaubwürdigen Abschreckung im Bündnis. Wir stehen dafür, dass Deutschland sich entschlossen zur Fortsetzung seiner nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO bekennt und die notwendigen Mittel dafür bereitstellt.²⁸

25 Anm. der Verf.: Strategiefähigkeit im Sinne der Befähigung und des politischen Willens, langfristige Ziele zu formulieren, entsprechende Mittel zuzuweisen und Ressourcen bereitzustellen.

26 Techau 2018.

27 NATO 2014: 14.

28 CDU/CSU 2021: 8.

Die deutsche Beteiligung am Prinzip der nuklearen Abschreckung durch die NATO wurde in der Vergangenheit politisch kontrovers diskutiert und Standpunkte auf verschiedenen Medien formuliert. Im Oktober 2021 hat die damalige Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer im Deutschlandfunk die Wichtigkeit des Prinzips der nuklearen Abschreckung der NATO aus ihrer Sicht hervorgehoben und sich folgendermaßen geäußert:

Wir müssen Russland gegenüber sehr deutlich machen, dass wir am Ende – und das ist ja auch die Abschreckungsdoktrin – bereit sind, auch solche Mittel [gemeint sind Nuklearwaffen] einzusetzen, damit es vorher abschreckend wirkt und niemand auf die Idee kommt, etwa die Räume über dem Baltikum oder im Schwarzmeer NATO-Partner anzugreifen.²⁹

Dieses Interview hat zu einer medialen Kaskade verschiedener Statements von politischen Akteuren sowie Vertreterinnen und Vertretern diverser Thinktanks geführt, die im Weiteren noch aufgegriffen wird.

Zusammenfassend ergibt sich für die Union ein klares Bekenntnis zur NATO und dem Prinzip der nuklearen Abschreckung einschließlich der Nuklearen Teilhabe Deutschlands, ein schriftliches Statement³⁰ der CDU sowie Interviewbeiträge verschiedener aktiver und ehemaliger Unionspolitiker³¹ unterstreichen dies.

4.2 Bündnis 90/Die Grünen

Trotz des klaren Bekenntnisses der Grünen zur NATO als eine, „aus europäischer Sicht [...] unverzichtbare Akteurin, die die gemeinsame Sicherheit in Europa gewährleisten kann“,³² haben die Grünen bereits seit ihrem ersten Grundsatzzprogramm von 1980 eine deutlich ablehnende Haltung gegenüber militärischer Rüstung; die Nukleare Teilhabe eingeschlossen. So heißt es im Grundsatzzprogramm vor dem Hintergrund der damaligen Mittelstreckenproblematik, Nachrüstung und Revolution in Military Affairs weiter: „Die Abrüstung muss dabei im eigenen Land beginnen“.³³ Dass dieser Anspruch in der Vergangenheit nicht immer handlungsleitende Maxime gewesen zu sein scheint, zeigen Äußerungen des ehemaligen Außenministers Fischer, der heute verkündet, dass auf die US-Atomwaffen nicht verzichtet werden darf und der in seiner Amtszeit von 1998 bis 2005 ebenso keinen Gedanken an die Aufgabe der Nuklearen Teilhabe verwandt zu haben schien. Initiativen in diese Richtung gab es jedenfalls keine.³⁴

29 Deutschlandfunk 2021.

30 CDU 2021.

31 Bspw. Otte 2020, Rühle 2021 und Wadephul 2020.

32 Bündnis 90/Die Grünen 2020: 108.

33 Die Grünen 1980: 19.

34 Schwarz 2021.

Im aktuellen Parteiprogramm gewinnt das Thema wieder an Bedeutung, hier wird unter anderem ein strengeres Regelwerk zur Abrüstung und zum Verbot von nuklearen Massenvernichtungswaffen sowie ein Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag und die Stärkung des Nichtverbreitungsvertrags (NVV) gefordert.³⁵ Die damalige Parteivorsitzende und spätere Außenministerin Annalena Baerbock erklärte hierzu 2020, dass für sie der Abzug der US-Atomwaffen ein Ziel sei, über welches mit den Bündnispartnern gesprochen werden muss.³⁶ Zusätzlich forderte die Bundestagsfraktion der Grünen im Kontext der Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrages am 22. Januar 2020 per Antrag im Bundestag die Entfernung verbliebener US-Atomwaffen aus Deutschland. In Bezug auf einen Kommentar von SPD-Fraktionsvorsitzendem Mützenich zur obengenannten Äußerung Kramp-Karrenbauers zur NATO-Abschreckung äußerte sich der Grünen-Abgeordnete Trittin auf Twitter wie folgt: „Die Kritik von #Mützenich ist mehr als berechtigt. Die Androhung eines nuklearen Erstschlags von @akk hat nichts mehr mit Abschreckung zu tun. Hier wurde eine Grenze überschritten, die nicht einmal im Kalten Krieg diskutabel war.“³⁷ Dabei beschreibt der Außenpolitiker die Aussage der damaligen Verteidigungsministerin als eine Art Eskalation und verwendet den anderweitig belegten Begriff „Erstschlag“. Dies wirft die Frage auf, ob es sich bei diesen Einlassungen um eine inhaltliche Auseinandersetzung oder eher ein politisches Manöver gehandelt haben mag.

In Relativierung des formulierten und kommunizierten politischen Ziels der atomwaffenfreien Welt und der dazu notwendigen Maßnahmen wird im Wahlprogramm der Partei aufgezeigt, dass eine Welt ohne Atomwaffen nur über Zwischenschritte zu erreichen sei und dazu in der kommenden Legislaturperiode Maßnahmen wie „eine internationale Initiative zur Reduzierung der Zahl von Atomwaffen, einen Verzicht der NATO auf jeden Erstschlag und eine breite öffentliche Debatte über die veralteten Abschreckungsdoktrinen des Kalten Krieges“ initiiert werden sollen.³⁸

4.3 FDP

Vor zwölf Jahren, am 28. Oktober 2009 trat Guido Westerwelle das Amt des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland mit der klaren Absicht an, den Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus dem Luftwaffenstandort Büchel zu erreichen.³⁹ Seither wurden keine Atomwaffen aus Deutschland abgezogen und die parteipolitische Ausrichtung der Freien Demokraten hat sich geändert. Sie bekennen sich klar zur NATO als wichtigstem sicherheitspolitischen Anker und dem im Parteiprogramm beschriebenen ureigenen Interesse, Systeme der kol-

³⁵ Bündnis 90/Die Grünen 2020: 105.

³⁶ Süddeutsche Zeitung Online 2020.

³⁷ Trittin 2021.

³⁸ Bündnis 90/Die Grünen 2021: 250.

³⁹ Brössler 2021.

lektiven Ordnungspolitik, wie VN, OSZE, NATO und EU, hinsichtlich neuer Herausforderungen weiterzuentwickeln.⁴⁰ Dafür stehen Äußerungen, beispielsweise der ehemaligen FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg, die schon 2020 die Fraktion der SPD zu einem Bekenntnis zur Nuklearen Teilhabe aufforderte. Hierbei stellte sie klar, dass ein Austritt aus der Nuklearen Teilhabe gleichbedeutend mit der Aufgabe des Einflusses auf atomare Abrüstung und Rüstungskontrolle sei.⁴¹

Weiterhin finden sich im Partei- und Wahlprogramm der FDP Erklärungen zur Stärkung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der NATO und damit verbunden zur herausgehobenen Bedeutung der Nuklearen Teilhabe als ein Schlüssel der Allianz zur umfänglichen Sicherheit in und für Europa. Die verteidigungspolitische Sprecherin Marie-Agnes Strack-Zimmermann erklärt hierzu, dass die Beibehaltung der Nuklearen Teilhabe Deutschlands Indikator für die Verlässlichkeit als Mitglied in der Allianz sei.⁴²

Ergänzend zu den vorangegangenen Bekenntnissen ist das langfristige Ziel der Freien Demokraten eine atomwaffenfreie Welt, welche allerdings nur durch einen multilateralen Ansatz, möglicherweise innerhalb der EU, zu Abrüstung und Rüstungskontrolle unter strenger Einhaltung des Nichtverbreitungsvertrags ermöglicht werden kann.

Die Möglichkeit zum unilateralen Ausstieg aus der Nuklearen Teilhabe wird von der FDP nicht betrachtet und scheint in Ableitung aus Partei- und Wahlprogramm sowie Äußerungen einzelner Parteimitglieder und Experten unwahrscheinlich.

4.4 SPD

Auf dem Hamburger Parteitag im Oktober 2007 wurde, unter dem Parteivorsitzenden Kurt Beck, das aktuelle Parteiprogramm der SPD beschlossen. Dabei werden als gleichwertige Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität definiert. Bereits das Deckblatt mit einer stilisierten Weltkugel und den wiederkehrenden Worten Frieden und Freiheit zeigt die inhaltliche Positionierung der SPD in Bezug auf Deutschlands Verantwortung in der Weltgemeinschaft. Als politisches Ziel wird eine friedliche und gerechte Welt erklärt und sich explizit zu VN, EU und NATO sowie der transatlantischen Partnerschaft mit den USA bekannt: „Unsere Prinzipien dafür sind Verständigung, internationale Solidarität und gemeinsame Sicherheit durch Kooperation“. Rüstungspolitisch positioniert sich die SPD für effektive Rüstungskontrollen und generelle Abrüstung. Trotz des Bekenntnisses zur NATO und der transatlantischen Partnerschaft strebt die SPD grundsätzlich eine atomwaffenfreie Welt an und steht für „den

40 FPD 2012: 91.

41 Möhle 2020.

42 Strack-Zimmermann 2020.

Abzug sämtlicher Atomsprenköpfe, die auf deutschem Boden lagern“ sowie eine „rechtsverbindliche Ächtung des Einsatzes von Atomwaffen“.⁴³

Im Rahmen des Wahlprogrammes für die Bundestagswahl 2021 betonte die SPD ihr eigenes Bild als „Friedenspartei“. Dabei werden im einzigen Kapitel mit sicherheitspolitischem Bezug („Frieden sichern“) verschiedene Aspekte wie Klimawandel, globale Entwicklungskrisen, Armut und Gesundheit subsummiert, zudem werden die schon genannten Ziele einer „Welt ohne Atomwaffen“ und verstärkten Abrüstung hervorgehoben. Ziel bleibe es, auch weiterhin die „in Deutschland stationierten Atomwaffen endlich abzuziehen und zu vernichten“. Zusätzlich wird ein Beitritt, im Sinne eines Beobachterstatus, zum Atomwaffenverbotsvertrag von 2021 erwogen. Trotz dieser Positionierung werden die NATO und die transatlantische Partnerschaft als „tragender Pfeiler“ und „für Europas Sicherheit unverzichtbar“ bezeichnet. Der Aspekt der Außen- und Sicherheitspolitik nimmt aber im Vergleich zum Grundsatzprogramm deutlich weniger Platz ein.⁴⁴

Insgesamt zeigt sich in Bezug auf die sicherheitspolitische Position der SPD ein, in Teilen, gespaltenes Bild: Grundsätzlich wird die faktische Notwendigkeit der Systeme kollektiver Sicherheit zur Friedenssicherung anerkannt; dem gegenüber wird jedoch entschieden der normative Anspruch auf Verzicht bzw. Verbot wesentlicher Bestandteile der bündnisinhärenten Doktrin, hier also die nukleare Abschreckung, formuliert. Dabei zeigt sich auch unter Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der SPD ein durchaus heterogenes Bild: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Mützenich hat auf die oben genannte Aussage der Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer gegenüber der Deutschen Presseagentur gesagt: „Die jüngsten Gedankenspiele der Verteidigungsministerin zum Einsatz von Nuklearwaffen [...] sind verantwortungslos“.⁴⁵ Und dies obwohl die Aussagen Kramp-Karrenbauers den Einsatzprinzipien der NATO entsprechen und somit als Bekenntnis zum System kollektiver Sicherheit beitragen, das auch die SPD als solches anerkennt. Allerdings äußerte sich der damalige SPD-Parteivorsitzende Walter-Borjans im Zuge der Beschaffung eines Nachfolgermodelles des Tornado-Jets (als Trägersystem im Rahmen der Nuklearen Teilhabe) für die Bundeswehr folgendermaßen: „Ich vertrete eine klare Position gegen Stationierung, Verfügungsgewalt und erst recht gegen den Einsatz von Nuklearwaffen“.⁴⁶ Im Kontrast dazu lassen sich verschiedene Aussagen von SPD-Verteidigungspolitikern Felgentreu finden, die das Konzept der (nuklearen) Abschreckung erklären und in den sicherheitspolitischen Zusammenhang als notwendig einordnen.⁴⁷ Schon 2019 hat Außenminister Maas im Rahmen seines Besuches in Hiroshima konstatiert: „Es nützt nichts, wenn Atomwaffen von

⁴³ SPD 2007: 24.

⁴⁴ SPD 2021: 59.

⁴⁵ Zeit online 2021.

⁴⁶ Schuller 2020.

⁴⁷ Exemplarisch dazu: Felgentreu 2020.

einem Land in das andere verschoben werden. Wenn sie verschwinden sollen, dann sollen sie überall verschwinden.“⁴⁸

Die beschriebenen Positionen der großen Parteien des deutschen Bundestages ergeben sich aus offiziellen Programmen, einigen Statements und medialen Äußerungen führender Akteure. Im Rahmen der Auswertung öffentlicher Äußerungen scheinen Atomwaffen, das Prinzip der Nuklearen Abschreckung bzw. Teilhabe, trotz ihrer herausragenden sicherheitspolitischen Relevanz, kein populär-mediales Thema zu sein. Es lässt sich beobachten, dass diese Themen in der Regel nicht initiativ und nahezu ausschließlich durch ausgewiesene Außen- bzw. Verteidigungspolitikerinnen und -politiker oder qua Amt aufgegriffen werden. Dies äußert sich auch in einem nicht konsequent und kohärent geführten strategischen Abwägungsprozess zur Nuklearen Teilhabe im Kontext der Bundestagswahl und der Bildung des Koalitionsvertrages, zumindest wurde dies im breiten öffentlichen politischen Raum nicht deutlich. Es ist zu vermuten, dass dieser Prozess parteiintern bzw. im Rahmen der Regierungsbildung vollzogen wurde. In Anbetracht der im Vorfeld der Bundestagswahlen formulierten Positionen erscheinen die nunmehr im Koalitionsvertrag angelegten strategischen Ziele und insbesondere der Anspruch bemerkenswert, eine deutsche Nationale Sicherheitsstrategie zu entwickeln. Im Rahmen dieses Prozesses wird u. a. die Nukleare Teilhabe ausführlich, d. h. vor allem strategisch, zu begründen sein, denn „der Koalitionsvertrag gibt nur einen groben Rahmen vor und eröffnet damit die große Chance, eine kohärente integrierte Sicherheitspolitik zu schaffen.“⁴⁹ Im folgenden Abschnitt sollen die sicherheitspolitischen-strategischen Ziele des Koalitionsvertrages im Hinblick auf eine Nationale Sicherheitsstrategie und unter besonderer Berücksichtigung der Nuklearen Teilhabe Gegenstand der Untersuchung sein.

5 Strategiefähigkeit II: Der Koalitionsvertrag

Der Koalitionsvertrag postuliert, „im ersten Jahr der neuen Bundesregierung eine umfassende Nationale Sicherheitsstrategie vor[zu]legen.“⁵⁰ Zu ausführlichen und konkreten Inhalten nimmt der Koalitionsvertrag, bis auf den Rekurs zur Nuklearen Teilhabe, noch keine Stellung und die neue Regierung ist noch zu kurz im Amt, um hier den Maßstab des strategischen Handelns anlegen zu können. Es wird jedoch deutlich, dass mit dem Antrittsbesuch von Olaf Scholz bei der NATO am 10. Dezember 2021 sowie vorangegangenen Besuchen bei europäischen Partnern durch Außenministerin Baerbock die neue Regierung ihrer

48 Der Spiegel Online 2019.

49 Mölling 2021.

50 SPD / Bündnis 90/Die Grünen / FDP 2021: 145.

Außen- und Sicherheitspolitik deutlichere strategische Konturen bzw. sogar einen „Führungsanspruch“⁵¹ verleihen möchte.

Eine Strategiefähigkeit Deutschlands wird im Koalitionsvertrag folgerichtig von Anfang an im europäischen Rahmen gedacht. Das erklärte (strategische) Ziel Deutschlands einer multilateralen Weltordnung erfordert, neben einer handlungsfähigen NATO, auch eine „strategische Souveränität Europas“⁵² – diese Kompatibilität zu internationalen Akteuren kann eben, mit Verweis auf die o. g. Ebenen der Strategie- und Strategiefähigkeit, nur mittels einer eigenen, deutschen Strategiefähigkeit erreicht werden. Der Rahmen der Europäischen Union und die Ausrichtung an europäischen Partnern bilden eine Grundkonstante deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Strategie auf europäischer Ebene muss somit zwangsläufig Eingang in eine deutsche Nationale Sicherheitsstrategie finden.

Welche weiteren strategischen Konturen werden im Koalitionsvertrag erkennbar?

Im Hinblick auf die Komponente der Kommunikation als Voraussetzung und Format einer Strategie wird deutlich, dass der Koalitionsvertrag einen proaktiven Austausch und eine „Mitnahme“ der eigenen Bevölkerung anstrebt: „Wir suchen aktiv den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Herausforderungen der internationalen Politik.“⁵³ Dieser Anspruch würde, wenn konsequent umgesetzt, eine neue Qualität deutschen Regierungshandelns nach innen bedeuten und tatsächlich den Ansatzpunkt eines nachhaltigen und demokratisch-legitimierten strategiebildenden Diskurses beinhalten. Er ist so dann auch dauerhaft mit entsprechenden Medienformaten und einer zielgruppenorientierten Sprache zu unterstützen. Für Kontinuität und demokratische Legitimation ist auch dann der Austausch und Diskurs zu suchen, wenn es um komplexe und wenig populäre Themen wie Nuklearpolitik und Auslandseinsätze der Bundeswehr geht. Eine wenig transparente Positionsbestimmung, wie am Beispiel der Nuklearen Teilhabe im Umfeld der Parteien (siehe vorangegangener Abschnitt) am Vorabend der Bundestagswahl bzw. Koalitionsverhandlungen könnte und müsste dem formulierten Anspruch folgend somit verbessert werden.

Auf die Nukleare Teilhabe wird im Vergleich zur Kommunikation der entsprechenden Parteien vor der Bundestagswahl erstaunlich konkret im Koalitionsvertrag eingegangen. Hierbei werden ansatzweise Elemente des oben beschriebenen strategischen Denkens und Handelns sichtbar. Das strategische

51 So konstatierte Wolfgang Ischinger im Interview mit dem Handelsblatt: „Erfreulicherweise weist die Ampel mit ihren starken europapolitischen Bekenntnissen weg von deutscher Nabelschau, hin zu außenpolitischer Führungsverantwortung in Europa.“ (Riecke 2021); Siehe außerdem die Presseerklärung von Bundeskanzler Scholz mit NATO Generalsekretär Stoltenberg am 10.12.2021 (NATO News 2021).

52 SPD / Bündnis 90/Die Grünen / FDP 2021: 145.

53 Ebd.: 144.

Ziel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik ist eine „global zero“⁵⁴, d. h. eine atomwaffenfreie Welt, die zugleich Ausdruck einer friedlichen, verrechtlichten und kooperativen Weltordnung ist. Gleichsam wird deutlich, dass eine atomwaffenfreie Welt immer die Folge einer friedlichen Welt ist.

Diese Ziele sind, aus deutscher Perspektive, folgerichtig und können als Ausdruck strategischen Denkens gewertet werden. Als grundsätzlich liberal- und zivil-orientierte Wirtschaftsnation in der Mitte Europas sind stabile globale Verhältnisse, die Wachstum, Austausch und Prosperität einer Exportnation fördern, Voraussetzung und Grundlage und somit adäquates Ziel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Nuklearwaffen sind Ausdruck eines akut oder latent bestehenden Handlungsbedarfs, für die Sicherheit und Freiheit der Welt auch militärische Mittel bereitzustellen. Die Nukleare Teilhabe stellt zum benannten Ziel, neben „nuklearer Abrüstung sowie Rüstungskontrolle“⁵⁵, ein strategisches Mittel dar.

Die realpolitische Dimension in Form von existierenden Atomwaffen erfordert somit zur o. g. Zielerreichung, neben einer Abrüstungsinitiative, das strategische Mittel der Teilhabe: Nicht nur militärisch und technisch, sondern vor allem „an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen.“⁵⁶ Damit wird der Anspruch deutlich, den eigenen Einfluss bei Alliierten und Partnern aufrechtzuerhalten bzw. zu stärken, aber auch dem Willen Ausdruck zu verleihen, sich mit der Logik von Nuklearpolitik und Abschreckung auseinanderzusetzen – eine Voraussetzung und eine Folge strategischen und realpolitischen Denkens. In diesem Zusammenhang wird ein weiterer Aspekt strategischen Denkens deutlich: Eine langfristige Perspektive, die in der Lage ist, auch konkurrierende bzw. widersprüchliche Positionen zu integrieren: Eine „Annäherung an den Atomwaffenverbotsvertrag“⁵⁷ und Bekenntnis zu NATO sowie glaubhafter nuklearer Abschreckung.⁵⁸ Das Mittel der Nuklearen Teilhabe wird hinterlegt mit militärischen Fähigkeiten, Fachwissen, Prozessen und Infrastruktur. D. h. in diesem Fall, dass das Nachfolgesystem F-35 zeitnah beschafft und unter den o. g. Rahmenbedingungen und Voraussetzungen implementiert wird.⁵⁹

Es bleibt im Hinblick auf die im Koalitionsvertrag formulierten Ziele nun abzuwarten, ob und wie sich diese Prämissen in strategischem Handeln widerspiegeln und dem Vorwurf entkommen, nur eine „Ansammlung von wünsch-

54 SPD / Bündnis 90/Die Grünen / FDP 2021: 146.

55 Ebd.

56 Ebd.

57 Monath 2021, mit Verweis auf die (ehem.) Direktorin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Cathryn Clüver Ashbrook: „Lange gerungen haben die Koalitionäre um Deutschlands künftige Rolle in der atomaren Abschreckungsstrategie der Nato. [...] Die Aussagen dazu seien ‚widersprüchlich – einerseits das Bekenntnis zur nuklearen Teilhabe, andererseits die Annäherung an den Atomwaffenverbotsvertrag, den kein Nato-Mitglied unterschrieben hat.“

58 SPD / Bündnis 90/Die Grünen / FDP 2021: 146.

59 BMVg 2022; RND/dpa 2021.

baren Zielen aller drei Parteien“⁶⁰ zu sein. Denn, und hier kann auf die Voraussetzungen von Strategie verwiesen werden, ein strategischer Prozess und Strategiefähigkeit erfordert mehr als nur ein Bekenntnis und eine Zielsetzung. Eine beständige Abwägung in der Wahl der Mittel, dem Fällen von Entscheidungen und die Kommunikation, sind ebenfalls Bestandteil hiervon. Zudem sind klare Indikatoren zu definieren, die eine Bewertung hinsichtlich der Zielerreichung und Richtungsentscheidung ermöglichen.

Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse zur Strategiequalität in Parteipolitik und Koalitionsvertrag werden im folgenden Abschnitt im Sinne eines „way ahead“ die erforderlichen Konturen bzw. Empfehlungen für eine nationale Sicherheitsstrategie formuliert.

6 Empfehlungen und Gedanken zu einer deutschen Nationalen Sicherheitsstrategie

Eine Sicherheitsstrategie ist stets auch ein politisches Statement, das zur Legitimation nach innen, d. h. in Richtung der eigenen Bevölkerung gerichtet ist und für Interessentransparenz gegenüber Alliierten, Partnern und „Wettbewerbern“ nach außen wirkt. „Damit ist eine nationale Sicherheitsstrategie [...] Selbstvergewisserung und [...] Mittel der politischen sowie strategischen Kommunikation.“⁶¹

Kommunikation erweist sich für eine Strategie als grundlegend: Soll eine Strategie handlungsanleitend für ein über Jahre angelegtes kohärentes Regierungshandeln sein, erfordert sie einen Konsens bzw. die Zustimmung von denjenigen, die ein staatliches Handeln überhaupt erst legitimieren: der Bevölkerung. D. h., es ist ein über sicherheitspolitische Themen und Ziele angelegter Dialog zwischen der Regierung und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern aller Ebenen, der verständlich, transparent und stetig herzustellen ist. Dieser vertikale Diskurs schließt auch eine auf Kontinuität angelegte Diskussion im Bundestag mit ein, bspw. mittels einer sicherheitspolitischen Woche⁶². Ein solches Format kann gleichzeitig Ausgangspunkt für eine Kommunikation in die Bevölkerung sein.⁶³ Hierbei sollten klar deutsche Interessen, die daraus abgeleiteten Ziele und die Wege zum Erreichen derselben formuliert sein. Diese vertikale Kommunikation sollte ergänzt werden durch einen horizontalen Ansatz im Sinne einer „dialogischen Sicherheitsarchitektur“⁶⁴: Allen Ressorts in Deutschland sollte es gelingen, eigenes Denken, Handeln und Kommunizieren

60 So Wolfgang Ischinger im Interview mit dem Handelsblatt (Riecke 2021).

61 Schwegmann 2019: 24.

62 So der Vorschlag der damaligen Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer und des Generalinspektors Zorn (Kramp-Karrenbauer / Zorn 2021: 5).

63 Beispiele hierfür könnten sein: Informations- und Diskursveranstaltungen an Schulen, eine Rede des Kanzlers an die Nation, öffentliche Events, Einbindung in social media, Wissenswettbewerbe, internationaler Austausch, Fest der Militärakademien, Vortragsreihe der Führungsakademie etc.

64 Jacobi / Hellmann 2019: 5.

entlang einer einheitlichen Strategie mit klaren Prioritäten auszurichten. Eine Nationale Sicherheitsstrategie sollte frei von parteipolitischer Präferenz und Ideologisierung, in der Ableitung kohärent, adaptiv, langfristig und für ein Regierungshandeln verbindlich sein. Für die Bildung und Umsetzung einer solchen Sicherheitsstrategie erscheinen folgende Prämissen empfehlenswert:

- Es sollte ein Konsens über deutsche nationale Sicherheitsinteressen bestehen. Diese politisch formulierten Interessen sollten über die Ressorts abgestimmt und von der Bundesregierung verbindlich nach innen und außen kommuniziert und kodifiziert werden. Hierbei sollte der Strategiebegriff selbst „in den Mittelpunkt sicherheitspolitischer Debatten rücken.“⁶⁵ Im Hinblick auf die Interessen sollten auch klare regionale Schwerpunkte und ggf. eine strategische Aufgabenteilung mit Partnern und Alliierten bedacht werden. Je nach Kontext sind Sicherheits- mit Wirtschaftsinteressen eng verbunden – dies ist klar herauszustellen und auf die Bedeutung internationaler Stabilität und des freien Warenverkehrs für Deutschland hinzuweisen.
- Aus den o. g. Interessen werden langfristige Ziele deutscher Außen- und Sicherheitspolitik abgeleitet, die zur Sicherheit im Sinne innerer Integrität und nach außen gerichteter Souveränität und Handlungsfähigkeit beitragen. Diese Ziele sind operationalisierbar, erreichbar und nicht an der zeitlichen Dauer von Legislaturperioden orientiert.
- Die Ziele werden im politischen aber insbesondere auch im öffentlichen Diskurs kommuniziert. Dabei besteht, in Abgrenzung zu den deutschen nationalen Interessen, keine Notwendigkeit eines Konsenses. Strategie(-bildung) muss auch Widersprüche aushalten können. Die Nationale Sicherheitsstrategie sollte im Ergebnis von einer in Parlament und Öffentlichkeit geführten Diskussion beeinflusst sein.
- Mit benannten Zielen deutscher Außen und Sicherheitspolitik, die priorisiert sein sollten, ergibt sich sodann eine Auswahl und Priorisierung bezüglich des Einsatzes der Mittel.
- Die Nationale Sicherheitsstrategie leitet aus politisch formulierten Zielen Teilziele ab, identifiziert Mittel und definiert einen Weg zur Erreichung dieser Ziele. Dabei sind klare Indikatoren zu identifizieren, die Auskunft über den Zielerreichungsgrad geben und Gegenstand o. g. „Sicherheitswochen“ im Bundestag werden könnten.
- Alle Akteure, d. h. Staaten, Bündnisse und nicht-staatliche Akteure, sowie wirtschaftliche und technische Entwicklungen, Klimawandel, Naturkatastrophen und ähnliche Ereignisse, die maßgeblichen Einfluss auf die Sicherheit Deutschlands haben, sind im Rahmen der Nationalen Sicherheitsstrategie zu bewerten.
- Für die Wahl strategischer Mittel stehen alle staatlichen Mittel, im Sinne von „Instruments of Power“, gleichwertig zur Auswahl. Die planerisch

65 Ebd.

hinterlegten Mittel sind auch real vorzuhalten, damit sie auch zur Umsetzung gebracht werden können. Das bedeutet insbesondere mit Blick auf die Nukleare Teilhabe, dass die entsprechenden technischen Mittel und die Infrastruktur verlässlich und planbar vorzuhalten sind. Weiterhin gilt insbesondere für die militärischen Mittel ein hohes Maß an Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit vorzuhalten, um die Wirkung einer glaubwürdigen Abschreckung nicht zu verspielen. Eine realistische und sichere finanzielle Hinterlegung bereitet hierfür die Grundlage.

- Eine Nationale Sicherheitsstrategie bedenkt im Kontext aktueller hybrider Bedrohungen und als Voraussetzung einer ressortgemeinsamen Zielbildung die innere und äußere Sicherheit im Sinne einer unauflösbaren Wechselbeziehung.⁶⁶ Hierfür sind auf Bundesebene ein ressortgemeinsames Lagebild und Zentrum dauerhaft zu etablieren, in dem Vertreter der Sicherheitsbehörden der Länder ebenfalls repräsentiert sind. In dieses Lagebild fließen u. a. Informationen der Nachrichtendienste, des BMVg, des BKK, des nationalen Cyber-Abwehrzentrums, des BMI und des Gesundheitsministeriums ein. Für die stetige thematische und konzeptionelle Strategiebildung und Evaluierung ist eine geeignete Institution einzurichten. Auf dieser Ebene ist auch eine mit NATO und EU abgestimmte national einheitliche strategische Kommunikation anzusetzen und durchzuhalten.
- Eine deutsche Strategie leitet sich grundsätzlich aus nationalen Interessen wie beschrieben ab. Sie ist damit auch die Grundlage für das inhaltliche Einbringen in die strategischen Dokumente der EU und NATO. Kohärenz und inhaltliche Schwerpunkte tragen dabei entscheidend zur Glaubwürdigkeit und Effektivität bei. D. h. ein wechselseitiger Austausch im Sinne strukturierter Abstimmungen ist auch hier auf iterativer Basis notwendig.
- Eine deutsche Sicherheitsstrategie versteht sich selbst über das Dokument hinaus als kontinuierlicher und iterativer Denk-, Bewertungs- und Handlungsprozess. Dieser findet in einem Netzwerk aus politischen Verantwortungsträgerinnen und Entscheidern aller Ressorts statt, sicherheitspolitischen Expertiseträgern und Beratern, militärischen Repräsentantinnen und Repräsentanten, aus Universitäten und Thinktanks sowie einem gewissen Anteil aus innovativen ggf. nicht-institutionalisierten Ideengebern. Hierfür werden geeignete und diversifizierte Formen des Austausches und der Kommunikation geschaffen.
- Die gesamtstaatliche Resilienz ist grundlegend für eine Strategiefähigkeit mitzudenken. Insbesondere in Zeiten der außenpolitischen Unsicherheit und ggf. krisenhafter Entwicklungen im Inneren gilt es, kontinuierlich die eigenen sicherheitspolitischen Ziele zu verfolgen und auf Grundlage strategischer Abwägungsprozesse die Wahl der Mittel anzupassen. Diese Resilienz ist deutlich über infrastrukturelle und materielle

66 Mölling 2021.

Elemente hinaus auf die mentale Haltung der Bevölkerung auszurichten: Nur eine in Krisenzeiten widerstandsfähige Bevölkerung ermöglicht einer Regierung erst die notwendige Handlungsfreiheit für strategisches Handeln.

- Nachgeordnete Dokumente und Weisungen der Ressorts, aber auch das Weißbuch, sind an der Nationalen Sicherheitsstrategie auszurichten.
- Die Nationale Sicherheitsstrategie ist in geeigneter Form und passenden Formaten zu kommunizieren und auch kommunikativ dauerhaft zu begleiten.

7 Schlussbemerkung

Mit dem neuen Koalitionsvertrag der nun in politischer Verantwortung stehenden Parteien wird eine neue Qualität in der Wahrnehmung und der Priorisierung von Sicherheitspolitik angekündigt. Sollte eine Nationale Sicherheitsstrategie innerhalb eines Jahres entstehen, wird sich diese daran messen lassen müssen, wie „gut“, d. h. verständlich und umfassend, sie die derzeitigen Unwägbarkeiten, Herausforderungen und Dynamiken integriert und für die Sicherheit Deutschlands realistische und klare Ziele ableitet. Dabei fällt dieser Prozess in eine Zeitspanne kaum zu überschätzender Entwicklungen – die Neu-Justierung auf Ebene der NATO mit dem strategischen Konzept und dem strategischen Kompass auf Ebene der EU stellen hierbei nur einen Teil der Rahmenbedingungen dar, aber auch das Verhältnis zu Russland und China gilt es zu definieren. Die Nukleare Teilhabe bildet lediglich einen, aber einen nicht unwesentlichen Bestandteil in der deutschen Sicherheitsarchitektur ab. In ihr manifestieren sich der Wille und die Bereitschaft, dauerhaft an einer glaubwürdigen Abschreckung im Bündnis der NATO teilzuhaben und diese Ambiguität und gewisse Widersprüchlichkeit zu eigenen Zielen auch auszuhalten. Aus diesem Grund wurde am Beispiel der Nuklearen Teilhabe die Strategiefähigkeit deutscher Außen- und Sicherheitspolitik untersucht – mit dem Ziel zu dem o. g. Diskurs mitbeizutragen: Nicht (nur) in Fachkreisen, sondern auch an dem Ort, an dem demokratische Legitimation ihren Anfang nimmt: Dem kritischen öffentlichen Diskurs.

Die geschichtlich-theoretische Einleitung zur Nuklearen Teilhabe und zum Strategieverständnis bildeten den inhaltlichen Rahmen, um Aussagen zur Strategiefähigkeit im politischen Willensbildungsprozess der damals noch designierten Regierungsparteien zu treffen. So ist es spannend zu beobachten, was konkret im Koalitionsvertrag steht und auch was nicht darinsteht. Allerdings kann insbesondere in einer nachträglichen Betrachtung nicht stringent nachvollzogen werden, warum und wie sich inhaltliche Positionen zur Nuklearen Teilhabe im Koalitionsvertrag innerhalb und zwischen den Parteien gebildet haben. Auf dieses kommunikative und strukturelle Problem deutscher politischer Kultur zielte dieses Papier.

Strategie erfordert einen breit angelegten Zielbildungsprozess der Teil der demokratischen Willensbildung ist – d. h. die Bevölkerung und ihre Mandatsträ-

gerinnen und Mandatsträger nehmen an einem Diskurs über Ziel und Mittel teil bzw. können diese nachvollziehen. Dazu gehört es, sich als Ausdruck eigener Denkweise einer Sprache zu bedienen, die sich durch Klarheit, Tiefe und Bedeutung auszeichnet – eine gemeinsame Aufgabe von Politik, Wissenschaft und Akteuren im Sicherheitsumfeld und zugleich leitender Gedanke dieses Papiers.

Eine Nationale Sicherheitsstrategie wird ein politisches Signal auf allen Ebenen sein und Antworten auf Fragen geben, wo und wie sich Deutschland in Europa und der NATO verorten wird und welches *commitment* von der Bundesregierung zukünftig zu erwarten ist – viel Zeit zum Überlegen bleibt nicht: Ob Chancen und Möglichkeiten zu Herausforderungen werden, entscheidet sich auch daran, wie schnell und konsequent die neue Regierung zum Handeln bereit ist. Finale Antworten kann und will auch dieses Paper darauf nicht geben, sondern lediglich zum initialen und vielleicht wichtigsten Teil beitragen: Dem Denken und dem Diskurs.

Literaturverzeichnis

- Angenendt, Steffen (2021): Der Weg zur Strategiefähigkeit, in: Friedrich-Ebert-Stiftung vom 21.10.2021, <https://www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration/artikelseite-flucht-migration-integration/der-weg-zur-strategiefaeahigkeit>, zuletzt aufgerufen am 08.12.2021.
- Brössler, Dieter (2021): Was Deutschland dient, in: Süddeutsche Zeitung Online vom 25.10.2021, <https://www.sueddeutsche.de/meinung/nato-muetzenich-atomwaffen-buechel-1.5448552>, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) (2022): F-35. Nachfolger für den Tornado, 14.03.2022, <https://www.bmvg.de/de/tornado-nachfolger-beschaffung-neue-kampfflugzeuge-fuer-truppe>, zuletzt aufgerufen am 27.04.2022.
- Bündnis 90/Die Grünen (2020): „...zu achten und zu schützen...“. Veränderung schafft Halt, Grundsatzprogramm, 22.11.2020, https://cms.gruene.de/uploads/documents/20200125_Grundsatzprogramm.pdf, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- Bündnis 90/Die Grünen (2021): Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021, 13.06.2021, https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- CDU (2021): CDU bekennt sich zur nuklearen Teilhabe, 29.10.2021, <https://www.cdu.de/artikel/cdu-bekennt-sich-zur-nuklearen-teilhabe>, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- CDU/CSU (2021): Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland, 22.06.2021, <https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf>, zuletzt aufgerufen am 01.02.2022.
- Deutschlandfunk (2021): NATO-Strategie. Kramp-Karrenbauer (CDU): „Russland ist eine große Herausforderung geworden“, 21.10.2021, <https://www.deutschlandfunk.de/nato-strategie-kramp-karrenbauer-cdu-russland-ist-eine-100.html>, zuletzt aufgerufen am 01.02.2022.
- Die Grünen (1980): Das Bundesprogramm, https://cms.gruene.de/uploads/documents/1980_Grundsatzprogramm_Die_Gruenen.pdf, zuletzt aufgerufen am 28.02.2022.

- FDP (2012): Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft, 22.04.2012, <https://www.fdp.de/media/358/download?inline>, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- Felgentreu, Fritz (2020): Twitter Feed @fritzfelgentreu, vom 02.05.2020, <https://twitter.com/fritzfelgentreu/status/1256573410337075202>, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- Jacobi, Daniel / Hellmann, Gunther (2019): Einleitung. Strategiebildung zwischen Notwendigkeit und Möglichkeit, in: Jacobi, Daniel / Hellmann, Gunther (Hgg.), *Das Weißbuch 2016 und die Herausforderungen von Strategiebildung. Zwischen Notwendigkeit und Möglichkeit*, Springer VS Verlag, Wiesbaden, S. 1–22.
- Kramp-Karrenbauer, Annegret / Zorn, Eberhard (2021): Positionspapier. Gedanken zur Bundeswehr der Zukunft, 09.02.2021, Berlin.
- Kristensen, Haans M. / Korda, Matt (2019): Tactical nuclear weapons, 2019, in: *Bulletin of the atomic scientists* 75 (5), S. 252–261.
- Larsdotter, Kersti (2019): Military Strategy in the 21st century, in: *The Journal of Strategic Studies* 42 (2), S. 155–170, <https://doi.org/10.1080/01402390.2018.155915>, zuletzt aufgerufen am 06.09.2021.
- Lutsch, Andreas (2020): Westbindung oder Gleichgewicht? Die nukleare Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland zwischen Atomwaffensperrvertrag und NATO-Doppelbeschluss, De Gruyter Oldenbourg: Berlin.
- Möble, Holger (2020): FDP fordert von SPD Bekenntnis zur nuklearen Teilhabe, in: RP-Online vom 24.04.2020, https://rp-online.de/politik/deutschland/fdp-fordert-von-spd-bekenntnis-zur-nuklearen-teilhabe-generalsekretair-in-linda-teuteberg_aid-50215807, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- Mölling, Christian (2021): Raus aus der Kleingartenkolonie, IPG-Journal vom 03.12.2021, <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/raus-aus-der-kleingartenkolonie-5585/>, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- Monath, Hans (2021): Die neue Außenpolitik der Ampel. Ein progressives Programm, in: *Der Tagesspiegel* vom 25.11.2021, <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-neue-aussenpolitik-der-ampel-ein-progressives-programm/27834970.html>, zuletzt aufgerufen am 07.12.2021.
- Munich Security Conference (2021): MSC Nightcap on National Security Strategies, 03.05.2021. Does Germany need a national strategy document?, Event Transcript, 12.05.2021, <https://securityconference.org/en/news/full/germany-national-strategy-document-msc-night-cap/>, zuletzt aufgerufen am 09.12.2021.
- NATO (2014): Wales Summit Declaration, 05.09.2014, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_112964.htm, zuletzt aufgerufen am 22.01.2022.
- NATO News (2021): NATO Secretary General with the Chancellor of Germany Olaf Scholz, Pressekonferenz vom 10.12.2021, <https://www.youtube.com/watch?v=oYlUmvM858Q>, zuletzt aufgerufen am 31.01.2022.
- Otte, Henning (2020): Aussagen der SPD sind grob fahrlässig, in: *Deutschlandfunk* vom 04.05.2020, <https://www.deutschlandfunk.de/otte-cdu-zur-debatte-ueber-atomwaffen-aussagen-der-spd-sind-100.html>, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- Richter, Wolfgang (2021): Abrüstung, Nichtverbreitung und nukleare Teilhabe. Deutschlands europäische und globale Verantwortung, in: Maihold, Günther / Mair, Stefan / Müller, Melanie / Vorrath, Judith / Wagner, Christian (Hgg.), *Deutsche Außenpolitik im Wandel. Unstete Bedingungen, neue Impulse* (SWP Studie 15), Stiftung Wissenschaft und Politik: Berlin, S. 97–100.

- Riecke, Torsten (2021): Interview mit Wolfgang Ischinger, in: Handelsblatt vom 05.12.2021, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/interview-msc-chef-ischinger-gibt-seinen-nachfolger-bekannt-und-benennt-die-enormen-herausforderungen/27856580.html?ticket=ST-8806514-d2EMK1PjAiZ6COUT2APP-cas01.example.org>, zuletzt aufgerufen am 08.12.2021.
- RND/dpa (2021): Verteidigungsministerin Lambrecht „geflasht“ vom Antrittsbesuch bei der Luftwaffe, 16.12.2021, <https://www.rnd.de/politik/bundeswehr-kampf-flugzeug-tornado-christine-lambrecht-spd-will-zuegig-ueber-nachfolge-entscheiden-Q6PDZZ3J3XOQB3CK6FNGZLMFC4.html>, zuletzt aufgerufen am 17.12.2021.
- Romaniec, Rosalia (2021): Baerbock, die Brückenbauerin, in: Deutsche Welle vom 14.12.2021, <https://www.dw.com/de/baerbock-die-br%C3%BCckenbauerin/a-60121269>, zuletzt aufgerufen am 19.12.2021.
- Rudolf, Peter (2020): Deutschland, die Nato und die nukleare Abschreckung (SWP Studie 11), Stiftung Wissenschaft und Politik: Berlin.
- Rühe, Volker (2021): Natürlich brauchen wir die nukleare Teilhabe, in: Der Tagesspiegel vom 31.10.2021, <https://www.tagesspiegel.de/politik/ex-verteidigungsminister-volker-ruehe-natuerlich-brauchen-wir-die-nukleare-teilhabe/27751832.html>, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- Schuller, Konrad (2020): SPD streitet über nukleare Teilhabe Deutschlands, in: FAZ vom 02.05.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/spd-streitet-ueber-nukleare-teilhabe-deutschlands-16751148.html>, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- Schwarz, Wolfgang (2021): Die Grünen und die nukleare Teilhabe, in: WeltTrends – Das außenpolitische Journal 174, S. 70–71, https://shop.welttrends.de/sites/default/files/public_downloads/WeltTrends-174-Schwarz.pdf, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- Schwegmann, Christoph (2019): Von Strategiebildung, Strategievergewisserung und Strategischer Kommunikation, in: Jacobi, Daniel / Hellmann, Gunther (Hgg.), Das Weißbuch 2016 und die Herausforderungen von Strategiebildung. Zwischen Notwendigkeit und Möglichkeit, Springer VS Verlag: Wiesbaden, S. 23–31.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands / Bündnis 90/Die Grünen / Freie Demokratische Partei (SPD / Bündnis 90/Die Grünen / FDP) (2021): Mehr Fortschritt Wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 07.12.2021, Berlin.
- SPD (2007): Hamburger Programm, Das Grundsatzprogramm der SPD, 28.10.2007, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/hamburger_programm.pdf, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- SPD (2021): Aus Respekt vor deiner Zukunft. Das Zukunftsprogramm der SPD, 09.05.2021, <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- Spiegel Online (2019): Maas spricht sich gegen einseitigen Abzug aus, 22.11.2019, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/atomwaffen-heiko-maas-spricht-sich-gegen-einseitigen-abzug-aus-deutschland-aus-a-1297693.html>, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- Strack-Zimmermann, Marie-Agnes (2020): Mützenich zündelt an Deutschlands internationaler Verlässlichkeit, Pressemitteilung vom 04.05.2020, <https://www.fdpbt.de/strack-zimmermann-muetzenich-zuendelt-deutschlands-internationaler-verlaesslichkeit>, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.

- Süddeutsche Zeitung Online (2021): Baerbock will Abzug der US-Atombomben aus Deutschland, 07.09.2021, <https://www.sueddeutsche.de/politik/wahlen-baerbock-will-abzug-der-us-atombomben-aus-deutschland-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210906-99-118033>, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- Techau, Jan (2018): Strategiefähigkeit und Weltschmerz. Die deutsche Außenpolitik bis 2030, in: Messner, Dirk / Mair, Stefan / Meyer, Lutz (Hgg.), Deutschland und die Welt 2030, Econ: Berlin, S. 99–107, <https://deutschland-und-die-welt-2030.de/de/beitrag/strategiefaehigkeit-und-weltschmerz-die-deutsche-aussenpolitik-bis-2030/>, zuletzt aufgerufen am 09.12.2021.
- Terhalle, Maximilian (2018): Strategie und Strategielehre (2018), in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 11, S. 83–100, <https://doi.org/10.1007/s12399-017-0685-2>, zuletzt aufgerufen am 04.09.2021.
- Trittin, Jürgen (2021): Twitter Feed @JTrittin, vom 25.10.2021, <https://twitter.com/jtrittin/status/1452641580645556235>, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- Volz, Bastian (2020): Nukleare Teilhabe – Ungeliebter Pfeiler transatlantischer Sicherheit. Zur Multidimensionalität einer grundlegenden sicherheitspolitischen Herausforderung (GIDStatement Nr. 7/2020).
- Wadepuhl, Johann (2020): Deutschland braucht die nukleare Teilhabe, 04.02.2020, <https://www.johann-wadepuhl.de/artikel/deutschland-braucht-die-nukleare-teilhabe>, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.
- Wagener, Martin (2010): Über das Wesen der Strategie, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 04/10, S. 3–13.
- Wiesendahl, Elmar (2010): Rationalitätsgrenzen politischer Strategie, in: Raschke, Joachim / Tils, Ralf (Hgg.), Strategie in der Politikwissenschaft. Konturen eines neuen Forschungsfelds, Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S. 21–44.
- Zeit Online (2021): Kritik an Annegret Kramp-Karrenbauer nach Äußerung zu Atomwaffen, 24.10.2021, https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-10/rolf-muetzenich-annegret-kramp-karrenbauer-kritik-atomwaffen-interview?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F, zuletzt aufgerufen am 23.01.2022.